



Energie – ein «avenir spezial» rund um die Energiewende, 2012  
 avenir-suisse.ch/20723



Energiesicherheit ohne Autarkie – Die Schweiz im globalen Kontext, 2010  
 avenir-suisse.ch/137



Energie für Wirtschaft und Wohlstand – Woher die Energie kommt, wer sie verbraucht und warum sie für unseren Wohlstand so wichtig ist, 2009  
 avenir-suisse.ch/321

## Standort- gefährdende Klimapolitik

Die Energiestrategie 2050 beinhaltet neben dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Förderung erneuerbarer Energien auch ehrgeizige Ziele zur Senkung des Energie- und Stromkonsums sowie – damit verbunden – der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Im Rahmen der Klimaverhandlungen von Paris hat die Schweiz bekräftigt, die inländischen Treibhausgas-Emissionen bis im Jahr 2030 gegenüber 1990 um 30% senken zu wollen. Der energiepolitische Pfad des Bundes sieht in den kommenden 20 Jahren eine Halbierung des Pro-Kopf-Energieverbrauchs vor.

Bis im Jahr 2020 soll die für das Erreichen dieser Ziele nötige Steigerung der Energieeffizienz durch eine breite Palette von Geboten, Verboten und Fördermassnahmen vorangetrieben werden. In einer zweiten Etappe will der Bundesrat diese Massnahmen schrittweise durch ein Lenkungssystem ablösen. Der geplante Übergang basiert auf der Überlegung, dass die Reduktion des Energieverbrauchs effizienter erfolgt, wenn

die Wege und Mittel zur Zielerreichung dem Markt überlassen werden.

### Die Schweiz ist bereits ein Musterknabe

Die bisweilen geäusserte Hoffnung, massive Reduktionen beim Energieverbrauch seien dank bestehender Effizienzpotenziale ohne nennenswerte volkswirtschaftliche Kosten erreichbar, ist trügerisch. Weder Unternehmen noch Haushalte haben Interesse daran, Energie zu verschwenden. Das gilt in der Schweiz ganz besonders, denn nirgendwo sonst werden CO<sub>2</sub>-Emissionen schon heute so stark besteuert. Gleichzeitig verursacht kein Industrieland relativ zum BIP derart geringe Emissionen wie die Schweiz. Das lässt darauf schliessen, dass die Kosten einer weiteren markanten Verbesserung der Energieeffizienz in der Schweiz im internationalen Vergleich besonders hoch wären und zu Lasten der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gehen würden.

Eine im Auftrag des Bundesrats erstellte Studie schätzt, dass im Jahr 2030 eine Lenkungsabgabe auf Brenn- und Treibstoffen 310 Fr. pro Tonne CO<sub>2</sub> betragen müsste, damit die Reduktionsziele erreicht werden. Das entspräche einer Abgabe von 81 Rappen pro Liter Heizöl bzw. 73 Rappen pro Liter Benzin, die zu teils weiterhin existierenden Belastungen hinzukäme. Derart hohe Abgaben dürften politisch kaum durchsetzbar sein. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Einführung des Lenkungssystems zu einer längerfristigen Koexistenz von Förder- und Lenkungsmassnahmen führen würde. Ob

dabei die Lenkungsabgaben tatsächlich – wie angekündigt – zu grossen Teilen an die Bevölkerung rückerstattet würden, ist aus politökonomischen und fiskalischen Gründen höchst fraglich.

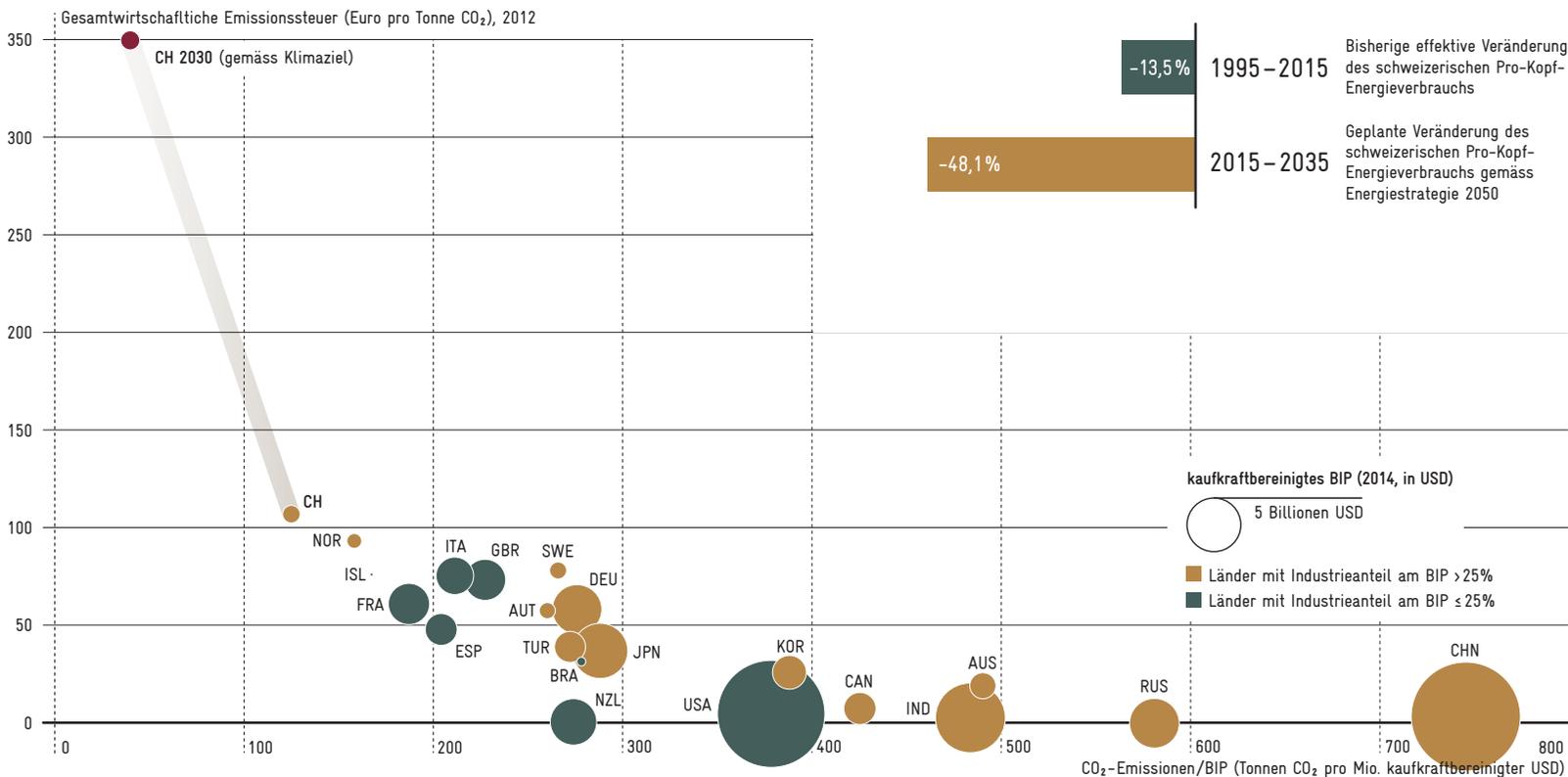
### Das Augenmass wahren

Im internationalen Kontext dürfte ein unilaterales Vorpreschen der Schweiz im Klimaschutz mit hohen Lenkungsabgaben auf teure Symbolpolitik hinauslaufen. Die Schweiz verursacht nur 0,1% der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen und kann das Klima nicht spürbar beeinflussen. Die Anreize zum Trittbrettfahren sind beim Klimaschutz auch nach dem Abkommen von Paris hoch. Die Gefahr ist gross, dass die Schweiz statt zum Vorbild zum abschreckenden Beispiel für andere Länder wird, und zwar dann, wenn energieintensive Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern. Ausnahmeregelungen für besonders betroffene Unternehmen könnten zwar die Verlagerungsproblematik dämpfen, doch stiege dadurch die Belastung der übrigen Wirtschaft und der Haushalte noch stärker.

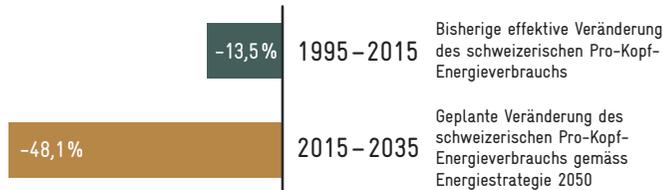
Die Klima- und Energiepolitik des Bundes basiert auf teilweise unrealistischen Annahmen bezüglich der Lenkbarkeit des Energieverbrauchs und der Robustheit des Wirtschaftswachstums. Wird sie umgesetzt, ist nebst unvermeidlichen Einschnitten in die individuelle Handlungsfreiheit ein Verlust der Standortattraktivität zu erwarten. *DH*

# Klimaziele für 2030 erfordern hohe Emissionsbesteuerung

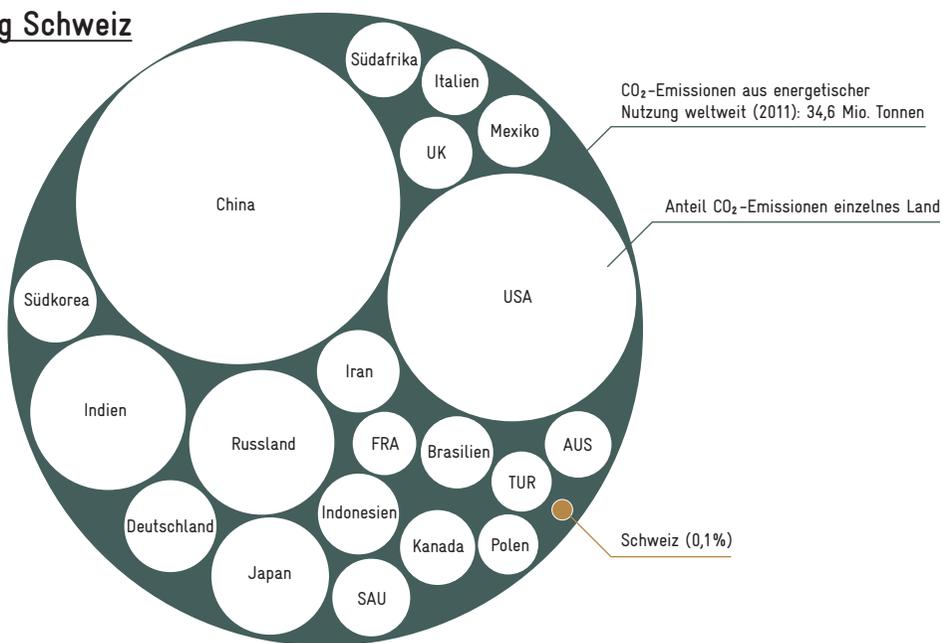
Quellen: OECD (2013), IEA (2015), Ecoplan (2015), BAFU (2015), Weltbank, eigene Berechnungen



# Ambitöses Reduktionsziel



# CO<sub>2</sub>-Zwerg Schweiz



Die Schweiz ist bereits heute ein Musterknabe: Die Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ist hoch, die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro BIP sind tief. Bis 2030 will die Schweiz ihre Treibhausgas-Emissionen durch Massnahmen im In- und Ausland weiter reduzieren. Gemäss Modellrechnungen wird für die im Inland umzusetzenden Massnahmen – zusätzlich zu bestehenden Belastungen wie der Mineralölsteuer – eine uniforme CO<sub>2</sub>-Abgabe von mehr als 300 Franken pro Tonne erforderlich sein. Wenn es bei den gewichtigen Emittenten punkto Klimaschutz bei blossen Lippenbekenntnissen bleibt, dürfte dieser Plan – anders als in der Grafik angezeigt – für die Schweiz nicht ohne gravierende Wohlstandseinbussen zu realisieren sein.

Quelle: Weltbank

2016

08.03.2015

Vorlage 591.  
Energie- statt  
Mehrwertsteuer.  
Volksinitiative ❌

12.02.2001

Vorlage 481.  
Für eine gesicherte AHV  
– Energie statt Arbeit  
besteuern.  
Volksinitiative ❌

24.09.2000

Vorlage 466.  
Energieenkungsabgabe  
für die Umwelt.  
Obl. Referendum ❌

1995